



Barthle-Brief

Nr. 18

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

28.11.2014

Thema der Woche:

Schluss mit neuen Schulden!

Generalaussprache im Bundestag zum Haushalt 2015 – Kanzlerin spricht von Wendepunkt

In der Generalaussprache über den Etat des Bundeskanzleramtes an diesem Mittwoch, die traditionell den Höhepunkt der viertägigen Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag markiert, bekannte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Politik der „schwarzen Null“. Der ausgeglichene Haushalt 2015 sei ein „Wendepunkt“ nach 46 Jahren, in denen stets neue Schulden gemacht worden seien. Sie zeigte sich optimistisch, dass der Gesamtschuldenstand in den nächsten Jahren auf 70 Prozent reduziert werden könne. „Jahrzehntelang hat der Staat über seine Verhältnisse gelebt. Damit machen wir jetzt Schluss!“

Merkel plädierte mit Blick auf die noch nicht komplett überwundene Staatsschuldenkrise im Euro-Raum erneut für solide Haushaltsführung, für wachstumsfördernde Strukturreformen und für Investitionen in die Zukunft.

Dass die Bundesregierung auf neue Schulden verzichten kann, ist nach den Worten der Kanzlerin umso bemerkenswerter, als das geopolitische Umfeld – die Krisenherde von der Ukraine bis zum Nahen Osten – auch die Wirtschaft in Mitleidenschaft zieht. So könne es keinen Zweifel daran geben, dass die Sanktionen gegen Russland Auswirkungen auf deutsche Unternehmen hätten. Doch obwohl sich die Konjunktur eingetrübt habe, sei die Ausgangslage robust, betonte sie. Die Zahl der Beschäftigten etwa sei auf einem Höchststand, die Zahl der Arbeitslosen ausgesprochen niedrig. Spürbare Lohnzuwächse stabilisierten die Binnenkonjunktur. Die Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung Anfang 2015 fange die Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung auf.

Deutschland sei ein Garant für Verlässlichkeit und Stabilität – für die Bürger und die Wirtschaft, für Europa und die Euro-Zone.

Und: „Deutschland ist eines der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt.“ Allerdings dürfe man sich darauf nicht ausruhen, mahnte die Kanzlerin. Die Wettbewerbsfähigkeit müsse immer wieder neu erarbeitet werden – durch Innovationen und Investitionen.

Merkel und der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder verwiesen darauf, dass der Bund gerade wegen seiner Haushaltsdisziplin von 2016 bis 2018 zusätzliche zehn Milliarden für Investitionen bereitstellen könne. Kauder: „Wir werden unsere ganze Kraft darauf verwenden, das Wirtschaftswachstum zu unterstützen.“ Benötigt werden vor allem Investitionen in die Verkehrsnetze, in die digitale Infrastruktur sowie in Bildung und Forschung. Der digitale Wandel sei die zentrale Gestaltungsaufgabe für die Zukunft, sagte die Kanzlerin. Dazu gehöre nicht nur eine flächendeckende Breitbandversorgung, sondern auch die Weiterentwicklung der Industrie zu einer Industrie 4.0, in der Arbeitsabläufe digital gesteuert und vernetzt werden.

Kauder sprach sich zudem dafür aus, die Menschen bei der Sicherung ihrer Häuser und Wohnungen vor Einbruch zu unterstützen. „Die Sicherheit des Einzelnen ist eine Kernaufgabe unseres Staates.“

Investitionen in die Zukunft würden nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene gebraucht, sagte Merkel. Insofern begrüßte sie ausdrücklich das von der EU-Kommission vorgelegte Wachstumspaket von 315 Milliarden Euro.

Nun müssten die Projekte der Zukunft identifiziert werden, die Wachstum ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen. Europa müsse auch attraktiver werden für private Investitionen, etwa durch Bürokratieabbau. Die EU-Staaten ermahnte sie erneut auch zu wachstumsfördernden Strukturreformen und solider Haushaltsführung. „Die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist von großer Bedeutung für das Vertrauen in den Euro-Raum“, betonte sie.

Merkel warb auch für beschleunigte Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen. Unter Verweis auf die wirtschaftliche Dynamik und den Abschluss von Handelsabkommen im asiatisch-pazifischen Raum warnte sie davor, dass die EU abgehängt werden könne. „Die Welt wartet nicht auf Europa.“ Wenn es nicht gelinge, das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zügig zu verhandeln, würden nicht nur Exportchancen untergraben, sondern es werde auch die Möglichkeit verpasst, internationale Standards etwa im Verbraucherschutz, im Umweltschutz oder in der Arbeitswelt zu setzen.

Hintergrund Haushaltswoche: Die Plenardebatte beginnt in der sogenannten Haushaltswoche bereits am Dienstag. Nachdem die Abgeordneten den Finanzplan des Bundes für die Jahre 2014 – 2018 und die Etats für das Bundespräsidialamt, den Deutschen Bundestag und den Bundesrat in zweiter Lesung festlegten, hat dann die Aussprache zu den übrigen Einzelplänen der verschiedenen Ministerien begonnen. Mit Abschluss dieses parlamentarischen Verfahrens durch die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2015 an diesem Freitag darf der Bund im kommenden Jahr maximal 299,1 Milliarden Euro ausgeben.

ten 🌐 Kurznachrichten 🌐 Kurznachrichten 🌐

Frauenquote ist gut für Deutschland

Die Koalition hat sich in dieser Woche auf die wesentlichen Inhalte zur Frauenquote geeinigt. Dazu erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Karin Maag: „Der Koalition war und ist die Erhöhung des Anteils weiblicher Führungskräfte ein wichtiges Anliegen. Deshalb freuen wir uns, dass das Gesetz zu Frauen in Füh-

rungspositionen nun als sichtbares Zeichen dafür ins parlamentarische Verfahren kommt. Es geht hier nicht um eine Prestige- oder Prinzipienfrage, sondern um eine Selbstverständlichkeit. Wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass die Hälfte der Bevölkerung weiblich ist – dies muss sich auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen widerspiegeln. Unzählige Frauen sind zwar hervorragend ausgebildet, finden sich aber nicht in gleichem Maße wie Männer in den Führungspositionen unserer Unternehmen wieder. Es ist daher richtig, dass wir nach den schlechten Erfahrungen der vergangenen Jahre mit freiwilligen Selbstverpflichtungen nun das Notwendige gesetzlich regeln.

Mit der Einigung kann der Fahrplan für die Frauenquote so umgesetzt werden, wie wir ihn im Koalitionsvertrag vorgesehen haben: Börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen müssen in ihren Wahlen zum Aufsichtsrat die Mindestquote von 30 Prozent des unterrepräsentierten Geschlechts berücksichtigen. Die Unternehmen, die börsennotiert oder mitbestimmungspflichtig sind, müssen ab Mitte des kommenden Jahres Ziele ausweisen, wie sie den Frauenanteil in Aufsichtsrat, Vorstand und oberstem Management erhöhen wollen. Mit dieser Regelung haben wir eine gute Balance zwischen den Anliegen der Wirtschaft und dem Ziel von mehr weiblichen Führungskräften gefunden. Die Quote ist ein Teilausschnitt einer verbesserten Förderung von Frauen in Unternehmen. Die deutsche Wirtschaft bekundet selbst seit langem ihr Interesse an mehr Frauen in Führungspositionen. Zentral wird aber ebenfalls sein, wie wir als öffentliche Hand den Maßgaben in unseren eigenen Reihen Rechnung tragen – hier muss der Bund beispielgebend sein.“

Bund sichert sich Milliardenereinnahmen

In der Sondersitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur an diesem Dienstag hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt die Entscheidung des Bundes über eine Vertragsverlängerung mit dem Mautbetreiber Toll Collect vorgestellt. Hierzu erklärte der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Steffen Bilger:

„Wir begrüßen die Entscheidung des Bundes, den Vertrag mit Toll Collect um drei Jahre bis zum 31. August 2018 zu verlängern. Dem Bund sind damit auch in Zukunft die Milliardenentnahmen aus der Lkw-Maut sicher. Auf dieser Grundlage kann die Ausweitung der Maut auf alle Bundesstraßen 2018 vorbereitet werden. Dies gilt auch für die 2015 anstehende Ausweitung auf weitere 1.100 km Bundesstraßen und Absenkung der Mautgrenze auf 7,5t. Nach sorgfältiger Abwägung aller Möglichkeiten ist es daher richtig, den bestehenden Vertrag zu verlängern.

Bundesminister Alexander Dobrindt hat ein sehr gutes Verhandlungsergebnis mit den Anteilseignern von Toll Collect erzielt: Die Betreibervergütung bleibt auf dem Niveau des bisherigen Finanzplans. Der Bund behält die Möglichkeit, Geschäftsanteile der Toll Collect GmbH selbst zu übernehmen. Das gewährt dem Bund auch künftig große Flexibilität bei den Handlungsoptionen und ist ein Erfolg. Das Haftungsrisiko für Mautausfälle liegt hingegen weiterhin bei Toll Collect. Die Lkw-Maut ist ein wesentlicher Baustein der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Daher ist die Einnahmensicherheit ein entscheidender Faktor, dem mit der Vertragsverlängerung angemessen Rechnung getragen wird.“

Zitat

«Für uns ist die schwarze Null kein Fetisch. Für uns ist die schwarze Null keine Monstranz oder heilige Kuh, oder, um es mit Wowereit zu sagen, das ist für uns nicht besonders sexy. Vielmehr machen wir das schlicht und einfach, meine Damen und Herren, weil wir der Auffassung sind: Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir mit dem Geld auszukommen haben, das uns die Bürgerinnen und Bürger über ihre Steuern zur Verfügung stellen.»

(Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Barthle am Dienstag in der Debatte über den Bundeshaushalt 2015)

Aufruf an alle Mitglieder der CDU Baden-Württemberg:

Beteiligen Sie sich an der Mitgliederbefragung der CDU Baden-Württemberg zur Spitzenkandidatur und machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Die Wahlunterlagen, die Sie vor wenigen Wochen erhalten haben, müssen bis Dienstag, 2. Dezember, bei dem beauftragten Notar eingegangen sein. Damit dies gewährleistet ist, sollten Ihre Wahlunterlagen spätestens am Samstag dieser Woche (29. November) im Briefkasten sein.

Alle sind gefordert zu entscheiden: Wer kann am besten die Wahlkampagne professionell und möglichst fehlerfrei bis zum Wahltag durchplanen und durchstehen? Wem trauen wir eher zu, die Menschen dauerhaft für uns zu gewinnen? Wer verfügt über die größte Erfahrung, das Land bürgernah und gleichzeitig gut vernetzt mit allen politischen Ebenen – von den Kommunen über den Bund bis nach Europa – zu regieren?

Im März 2016 findet die Landtagswahl in Baden-Württemberg statt. Gemeinsam wollen wir sie gewinnen, Politik gestalten und wieder den Ministerpräsidenten unseres Landes stellen. Wir alle erinnern uns noch an den Abend der letzten Landtagswahl und unsere damaligen Sorgen: Wie geht es im Land weiter? Was wird die neue Landesregierung alles auf den Kopf stellen? Werden wir uns als CDU zerstreiten oder schaffen wir einen erfolgreichen Neuaufbau?

Gemeinsam haben wir es geschafft. Wir haben uns nicht zerstritten, sondern stehen stark da. Wir haben kurz nach der Wahl die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 gewonnen. Wir haben 2013 ein grandioses Bundestagswahlergebnis erreicht. Bei der Europawahl und Kommunalwahl 2014 haben wir gegen den bundesweiten Trend zugelegt. Heute sehen wir: Die Mehrheit der Baden-Württemberger hat genug von Grün-Rot und setzt große Hoffnungen auf uns!

Weitere Informationen zur Mitgliederbefragung finden Sie unter:

<http://www.cdu-bw.de/mitgliederbefragung/>